



PR/I 15. April 2008

Niederrheinische IHK warnt vor Aktionismus:
**Bei Minderung des Umgebungslärms
gemäß EU-Richtlinie ist Augenmaß gefordert**
Gerade für Logistik-Entwicklung entscheidend

Die Niederrheinische Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel-Kleve sieht massive Probleme auf die Wirtschaft zukommen, wenn die Kommunen zu den vom NRW-Umweltministerium am 7. April vorgestellten Lärmkarten Aktionspläne entwickeln und umsetzen. „Wir fürchten, dass es eher ‚Aktionismus‘-Pläne werden, die dann den Wirtschaftsverkehr erheblich beeinträchtigen“, betonte IHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Stefan Dietzfelbinger bei der Jahres-Presskonferenz am Dienstag, 15. April, in Duisburg.

Hier müssten frühzeitig die Belange der Unternehmen bei den anstehenden Planungen in jeder betroffenen Kommune einfließen, betonte Dietzfelbinger. Wie man es falsch machen kann, habe der Einstieg in das Thema „Umweltzone Ruhr“ gezeigt. Bei der Umsetzung der EU-Umgebungslärmrichtlinie müsse im Auge behalten werden, dass die Kommunen zunächst alle sinnvollen Maßnahmen ins Auge fassten, um den Lärm zu mindern – und nicht zum Mittel der Straßensperrung greifen. „Dies wäre fatal, denn auch die modernsten Fahrzeugflotten wären, anders als bei der Umweltzone, betroffen“, so Dietzfelbinger.

Stichtag für die Aufstellung von Aktionsplänen durch die Kommunen ist der 18. Juli. „Das heißt im Klartext, es bleiben gerade einmal rund drei Monate Zeit, die Knackpunkte zu diskutieren und vernünftige Lösungen zu erarbeiten. Auch müsse man im Auge behalten, dass in allererster Linie keine

Messwerte für die Lärmkarten zugrunde gelegt wurden, sondern Berechnungen. Diese würden, wie auch beim Feinstaub im Rahmen der Umweltzonen-Debatte, nicht die Wirklichkeit widerspiegeln.

Betroffen sein werden unter anderem Verkehre auf Straßen mit hoher Verkehrsbelastung in Ortslagen. Auch stark befahrene Bundesstraßen sowie alle Autobahnen und Haupteisenbahnstrecken finden sich in den Lärmkarten wieder. Damit betrifft das Thema nicht nur die Stadt Duisburg, sondern fast alle Kommunen im IHK-Bezirk. Dietzfelbinger: „Restriktive Maßnahmen wie Lkw-Fahrverbote würden den Lebensnerv der Logistikregion Niederrhein treffen.“

Die IHK fordert deshalb bessere und verstärkte Maßnahmen zur Verkehrsverflüssigung, die Finanzierung passiver Lärmschutzmaßnahmen, den Einbau lärmindernder Fahrbahnoberflächen (Flüsterasphalt) bei jeder ab sofort anstehenden Straßensanierung innerhalb des Stadtgebietes. Darüber hinaus sind Lärminderungen entlang der Eisenbahn- und U-Bahn-Strecken notwendig.